



PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT
EUROPA-PARLAMENTET EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPEEN PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT PARLAMENT EUROPEJSKI
PARLAMENTO EUROPEU EURÓPSKY PARLAMENT
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

Plenartagung

Vorschau - Plenartagung vom 8.-9. Oktober 2008

- Beschäftigungsausschuss sagt Schwarzarbeit den Kampf an
- EU-Gesundheitspolitik 2008-2013
- Bekämpfung der Armut in der EU
- Gemeinsam gegen Wasserknappheit und Dürre
- Rede von Ingrid Betancourt
- EP anerkennt und übernimmt Symbole der EU

Redaktion & Veröffentlichung :

Andreas KLEINER

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (32) 498 98 33 22

Redaktion & Veröffentlichung :

Katrin EICHEL

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782

Internet: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm

Schwerpunkte

Auf der Plenartagung in Brüssel vom 8. und 9. Oktober befasst sich das EP u. a. mit folgenden Themen: der Lage in Belarus, Wasserknappheit und Dürre, dem Kampf gegen Schwarzarbeit, dem Problem der Armut und der sozialen Integration in der EU, der Gesundheitsstrategie 2008-2013 sowie der Vorbereitung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008. Zu Beginn der Tagung wird Ingrid Betancourt eine Rede im Plenum halten.

Mittwoch:

Die Sitzung beginnt mit einer feierlichen Sitzung. Um 15 Uhr wird Ingrid Betancourt eine Rede vor dem Europäischen Parlament halten.

Im Anschluss daran werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen zur **Vorbereitung des Europäischen Rates** vom 15. und 16. Oktober 2008 abgeben. Der Gipfel wird sich u. a. mit den Themen Vertrag von Lissabon, Einwanderung und Asyl sowie der Krise der Finanzmärkte befassen.

Die „**Lage in Belarus**“ steht danach auf der Agenda. Rat und Kommission werden Erklärungen abgeben.

Ebenfalls auf der Tagesordnung steht am Nachmittag eine Erklärung der Kommission zur „**Unterbrechung der WTO-Doha-Runde**“

Das Europäische Parlament will weiterhin die **Symbole der EU** - etwa die **Flagge**, die **Hymne** oder den **Leitspruch „In Vielfalt geeint“** - nutzen. Einen entsprechenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung hat der Ausschuss für konstitutionelle Fragen vorgelegt. Im Vertrag von Lissabon wurde auf die Symbole der EU verzichtet.

Wasserknappheit und Dürre stellen für die EU eine große Herausforderung dar, so der Umweltausschuss in dem Bericht von Richard SEEBER (ÖVP): die Gesamtkosten von Dürreereignissen für die Wirtschaft lassen sich über die letzten 30 Jahre auf insgesamt 100 Milliarden EUR beziffern. Die Abgeordneten fordern daher ein **koordiniertes Vorgehen** auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten wie auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Wichtig sei zudem, **Wasser zu sparen** und eine **wirksame Wasserpreispolitik** zu etablieren.

Daran anschließend nimmt die Kommission Stellung zu einer mündlichen Anfrage zum Thema „**Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung**“.

Der Beschäftigungsausschuss fordert, den **Kampf gegen Schwarzarbeit zu verstärken**. In einigen Mitgliedstaaten mache die Schwarzarbeit **20 % des BIP** aus. Die Abgeordneten formulieren zahlreiche Vorschläge zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Neben strikteren **Inspektionen und strengeren Kontrollen** verlangen sie u. a. eine „**Verbesserung der Anreize für reguläre Arbeit**“, eine bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Gewerbeaufsichts- und Sozialämtern sowie die Schaffung „**legaler Einwanderungswege**“.

Der Verkehrsausschuss verlangt, die **Sozialvorschriften im Straßenverkehr „mit größter Sorgfalt“ anzuwenden** und eine „effiziente und harmonisierte Umsetzung“ der Vorschriften zu gewährleisten. Die „**konstant hohe Durchschnittszahl der Zuwiderhandlungen**“ bereitet den Abgeordneten Sorgen. Es sei jedoch von allgemeinem Interesse, dass die Vorschriften über Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten des fahrenden Personals und der selbständigen Kraftfahrer ordnungsgemäß angewandt werden.

Letzter Tagesordnungspunkt ist ein Bericht von Gabriele ZIMMER (Die Linke), der sich kritisch mit dem **Problem der Armut und der sozialen Integration** in der EU auseinandersetzt. Im Jahr 2005 waren **78 Millionen Menschen** in der EU **von einkommensbedingter Armut bedroht**. Ein „nicht geringer Teil“ der

Plenartagung

Bevölkerung sei nach wie vor sozial ausgegrenzt. Vor allem äußerste Armut und soziale Ausgrenzung stellen „eine **Verletzung sämtlicher Menschenrechte**“ dar. Die Abgeordneten schlagen daher zahlreiche Maßnahmen vor, um Armut und soziale Desintegration wirksam zu bekämpfen.

Donnerstag:

Die **Gesundheit** in der EU und in der Welt werde „**immer stärker bedroht**“, so der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Gesundheit sei eine „**zentrale politische Frage**“. Die Abgeordneten schlagen eine Vielzahl an Maßnahmen für den Gesundheitsbereich vor, u. a. die **Bekämpfung der Antibiotikaresistenz**, die bessere **Erforschung chronischer Krankheiten**, **Vorsorgeuntersuchungen**, **Impfkampagnen** sowie das „Konzept einer **gesunden Lebensweise**“.

Inhaltsverzeichnis

Vorschau - Plenartagung vom 8.-9. Oktober 2008	1
Schwerpunkte.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	5
Beschäftigungspolitik.....	6
Beschäftigungsausschuss sagt Schwarzarbeit den Kampf an.....	6
Gesundheitswesen.....	8
EU-Gesundheitspolitik 2008-2013.....	8
Sozialpolitik.....	10
Sozialvorschriften im Straßenverkehr einhalten.....	10
Bekämpfung der Armut in der EU.....	10
Umwelt.....	13
Gemeinsam gegen Wasserknappheit und Dürre.....	13
Menschenrechte.....	15
Rede von Ingrid Betancourt.....	15
Konstitutionelle Fragen.....	16
EP anerkennt und übernimmt Symbole der EU	16
Europäischer Rat.....	17
Vorbereitung des EU-Gipfels vom 15./16. Oktober	17
Regionalpolitik.....	18
Mündliche Anfrage - Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung....	18
Entwurf der Tagesordnung für die Tagung	19
Codes der parlamentarischen Verfahren.....	20
Abkürzungen.....	20
Fraktionen.....	20
Fraktionen im Europäischen Parlament.....	21

Beschäftigungspolitik

Beschäftigungsausschuss sagt Schwarzarbeit den Kampf an

Der Beschäftigungsausschuss fordert, den Kampf gegen Schwarzarbeit zu verstärken. In einigen Mitgliedstaaten mache die Schwarzarbeit 20 % des BIP aus. Die Abgeordneten formulieren zahlreiche Vorschläge zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Neben strikteren Inspektionen und strengeren Kontrollen verlangen sie u. a. eine „Verbesserung der Anreize für reguläre Arbeit“, eine bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Gewerbeaufsichts- und Sozialämtern sowie die Schaffung „legaler Einwanderungswege“.

Schwarzarbeit sei ein „besonders besorgniserregendes, deutliches Merkmal der Arbeitsmärkte in Europa“, das die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und die finanzielle Nachhaltigkeit des europäischen Sozialmodells zum „Zusammenbruch“ zu bringen drohe, indem es das Wirtschaftswachstum und die Haushalts- und Sozialpolitik behindere. Zudem sei die Schwarzarbeit für Wettbewerbsverzerrungen auf dem Binnenmarkt verantwortlich, da ein unlauterer Wettbewerb anderen Staaten oder Unternehmen gegenüber geschaffen werde.

Hauptfaktor für Sozialdumping

Schwarzarbeit sei der Hauptfaktor für Sozialdumping und infolgedessen eines der Schlüsselthemen für die Modernisierung des Arbeitsrechts der EU, argumentiert der Ausschuss. Auch führe unversicherte Arbeit zu unlauterem Wettbewerb zwischen versicherten und nicht versicherten Arbeitnehmern, wodurch die Rechte der Arbeitnehmer noch weiter ausgehöhlt würden. Schwarzarbeiter seien nicht sozial-, kranken- und unfallversichert und müssten somit hohe Risiken und finanzielle Einbußen hinnehmen.

Am meisten betroffen von so genannter „nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit“ seien arbeitsintensive Sektoren wie Landwirtschaft, Bauwesen und Haushalts-, Wohn- und Gastronomiedienstleistungen, die von unsicheren Arbeitsplätzen und unattraktiven Gehaltsstrukturen gekennzeichnet seien, so der Ausschuss.

Bessere Zusammenarbeit und Koordinierung

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit hänge weitgehend von der Effizienz der arbeitsrechtlichen, steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften ab. Dies setze eine Stärkung der Mittel und des Handelns der jeweils für diese Bereiche zuständigen einzelstaatlichen Behörden sowie eine bessere Koordinierung und einen Informationsaustausch zwischen diesen Behörden voraus.

Nachdrücklich fordert der Ausschuss die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden Arbeitsgesetze und -normen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit „stärker und besser durchzusetzen“. Nötig sei auch eine verstärkte und bessere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen nationalen Gewerbeaufsichts- und Sozialämtern. Auch für striktere Inspektionsverfahren und strengere Kontrollen sprechen sich die Abgeordnete aus, da diese in einigen Ländern „zunehmend laxer“ geworden sind.

Steuer- und Sozialsysteme vereinfachen

Der Ausschuss fordert die Mitgliedstaaten auf, die wirtschaftliche Attraktivität der Schwarzarbeit dadurch zu verringern, dass sie ihre Steuer- und Sozialsysteme "so einfach, transparent und zugänglich wie möglich" gestalten. Auch sollen sie wirkungsvolle Maßnahmen zur Schaffung zahlreicherer und besserer Arbeitsplätze annehmen.

Einen weiteren wichtigen Aspekt zur Vorbeugung der Schwarzarbeit sehen die Abgeordneten darin, die jeweiligen nationalen Arbeitsschutznormen und -bedingungen in bilateralen und trilateralen Verträgen zwi-

schen Mitgliedstaaten und zwischen Tarifpartnern gegenseitig anzuerkennen.

Legale Einwanderungswege schaffen

Die Abgeordneten unterstreichen, dass ein Zusammenhang zwischen illegaler Einwanderung und nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit bestehen kann. Einwanderer, vor allem jene, die sich illegal im Land aufhalten, würden mit höherer Wahrscheinlichkeit nicht angemeldete Arbeitnehmer und unter schlechten Bedingungen arbeiten.

Der Ausschuss sieht darin einen weiteren Grund für ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf Zuwanderung und die Möglichkeit der Öffnung von mehr legalen Zuwanderungswegen in die Union für arbeitswillige Drittstaatler.

Schwarzarbeit von illegal Zugewanderten könne nicht wirksam bekämpft werden, wenn nicht legale Einwanderungswege geschaffen werden. So könne gewährleistet werden, dass die EU über die von ihr benötigten hoch qualifizierten oder weniger qualifizierten Arbeitskräfte aus Drittstaaten verfüge.

Modell „Projekt 2 Plus“ und Dienstleistungsgutscheinsysteme

Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission auf, für die Mitgliedstaaten ein Pilotinstrument auszuarbeiten, das sich an Modellen wie dem luxemburgischen "Projekt 2 Plus" orientiert, mit denen die Schwarzarbeit eingedämmt und sinnlos gemacht werden soll, und zwar durch

- eine sehr weitgehende Vereinfachung der Verwaltungsschritte für den Arbeitgeber durch eine Sozialversicherung der Arbeitnehmer
- eine für den Arbeitgeber attraktive steuerliche Gestaltung insbesondere durch die Absetzbarkeit der Kosten für z. B. Nachbarschaftshilfe
- Steuerbefreiung für jede Leistung, die unterhalb einer vom Mitgliedstaat festzusetzenden Schwelle honoriert wird.

Der Ausschuss macht schließlich auf Dienstleistungsgutscheinsysteme in Belgien, Deutschland und Frankreich aufmerksam, in deren Rahmen Haushalte verbilligte Haushaltsdienstleistungen kaufen können. Zugleich stellten diese Systeme sicher, dass Sozialabgaben und Steuern durch den Gutschein bezahlt werden.

Berichterstatter: Pier Antonio PANZERI (SPE, IT)

Bericht: A6-0365/2008 - Die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit verstärken

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Mittwoch, 8.10.2008

Abstimmung: Donnerstag, 9.10.2008

Gesundheitswesen

EU-Gesundheitspolitik 2008-2013

Die Gesundheit in der EU und in der Welt werde „immer stärker bedroht“, so der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Gesundheit sei eine „zentrale politische Frage“. Die Abgeordneten schlagen eine Vielzahl an Maßnahmen für den Gesundheitsbereich vor, u. a. die Bekämpfung der Antibiotikaresistenz, die bessere Erforschung chronischer Krankheiten, Vorsorgeuntersuchungen, Impfkampagnen sowie das „Konzept einer gesunden Lebensweise“.

Die Abgeordneten machen in ihrem Bericht zum Weißbuch der EU-Kommission „Gemeinsam für die Gesundheit: ein strategischer Ansatz der EU für 2008–2013“ deutlich, dass die solidarischen Gesundheitssysteme ein „wesentlicher Faktor des europäischen Sozialmodells“ seien. Die Bürger bräuchten Zugang zu einer „angemessenen Gesundheitsfürsorge von höchstmöglicher Qualität“.

Zwar müssten die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich „geachtet“ werden. Allerdings erwarteten die Bürger verstärkt gemeinsam durchgeführte und wirksame Maßnahmen im Gesundheitsbereich.

Bekämpfung der Antibiotikaresistenz

Die Einnahme von Antibiotika werde aufgrund der steigenden Antibiotikaresistenz „zunehmend sinnlos“, so die Abgeordneten. In einigen Mitgliedstaaten sei der Antibiotikaverbrauch drei bis vier Mal höher als in anderen. Die Antibiotikaresistenz sei „ein europäisches Problem“, da etwa durch Urlaubsreisen die Gefahr der Ausbreitung resistenter Bakterien ansteige.

Der Ausschuss fordert daher wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenz. So sollten Antibiotika nur auf ärztliche Verschreibung abgegeben werden dürfen. Auch sollten Leitlinien erstellt werden, damit die Verschreibung von Antibiotika zurückgeht und sich auf Fälle beschränkt, in denen ihre Anwendung tatsächlich erforderlich ist. Nötig sei eine „umsichtigerer Anwendung“ von Antibiotika.

Vorbeugung und Erforschung chronischer Krankheiten

Ein weiterer wichtiger Aspekt einer gesundheitspolitischen Strategie sei die Erforschung chronischer Krankheiten. Es müssten günstige Voraussetzungen für die Vorbeugung, die Früherkennung und die angemessene Therapie dieser Krankheiten geschaffen werden, um für das Wohlergehen und die Lebensqualität der betroffenen Patienten zu sorgen. Die Möglichkeiten der Vorbeugung von Krankheiten seien „keineswegs erschöpft“.

Von besonderer Bedeutung seien „gut organisierte, umfassende und wirkungsvolle Vorsorgeuntersuchungen“, um die Früherkennung und die unverzügliche Therapie von Krankheiten zu erleichtern und dadurch die Häufigkeit entsprechender Todesfälle und Erkrankungen zu verringern.

Die Abgeordneten empfehlen in diesem Zusammenhang auch die umfassende Einführung von "Gesundheitsfolgenabschätzungen" zum Zweck der Vorbeugung von Krankheiten. Die Auswirkungen der Entscheidungen der beschlussfassenden Gremien auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der lokalen und regionalen Körperschaften und der nationalen Parlamente, auf die Gesundheit der Menschen seien „messbar“.

Impfkampagnen erheblich verstärken

Darüber hinaus müssten – sofern es wirksame Impfstoffe gibt – Impfkampagnen "erheblich" verstärkt werden. Die EU-Kommission wird dringend aufgefordert, einen ehrgeizigen Plan für Vorsorgemaßnahmen zu

erarbeiten. Die Ausgaben für die Gesundheit, vor allem wenn es sich um Mittel zur Vorbeugung und frühzeitigen Diagnose von Krankheiten handelt, seien nicht nur Kosten, sondern auch Investitionen, die als „zu erwartende gesunde Lebensjahre“ als Strukturindikator im Rahmen der Lissabon-Strategie bewertet werden könnten.

Konzept einer gesunden Lebensweise

40 % der Gesundheitsausgaben seien auf eine ungesunde Lebensweise zurückzuführen (sie entstehen beispielsweise durch Alkoholkonsum, Rauchen, fehlende körperliche Bewegung und falsche Ernährung). Der Ausschuss unterstützt daher das Konzept einer gesunden Lebensweise (d. h. gesunde Ernährung, kein Drogenmissbrauch und hinreichende körperliche Bewegung). Allerdings müsse dieses Konzept durch psychosoziale Aspekte ergänzt werden (z. B. ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Berufs- und Familienleben). Zu einer gesunden Lebensweise gehöre auch eine gute psychische und physische Gesundheit. Dies sei auch ein wichtiger Faktor für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Mangelernährung bekämpfen

Aufgrund von Mangelernährung, von der eine erhebliche Anzahl von EU-Bürgern betroffen ist, so auch 40 % der Krankenhauspatienten und zwischen 40 und 80 % der in Pflegeheimen untergebrachten älteren Menschen, würden für die Gesundheitssysteme ähnlich hohe Kosten anfallen wie im Fall von Adipositas und Übergewicht, so der Ausschuss.

Die Kommission wird daher aufgefordert, im Ernährungsbereich einen verstärkt ganzheitlich ausgerichteten Ansatz zu verfolgen und in der Gesundheitspolitik neben der Adipositas vor allem der Mangelernährung Vorrang einzuräumen. Dieses Thema müsse soweit wie möglich in EU-finanzierte Initiativen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene in den Bereichen Forschung, Bildung und Gesundheitsförderung einbezogen werden.

Berichtersteller: Alojz PETERLE (EVP-ED, SI)

Bericht: A6-0350/2008 - Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2013

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache und Abstimmung: Donnerstag, 9.10.2008

Sozialpolitik

Sozialvorschriften im Straßenverkehr einhalten

Der Verkehrsausschuss verlangt, die Sozialvorschriften im Straßenverkehr „mit größter Sorgfalt“ anzuwenden und eine „effiziente und harmonisierte Umsetzung“ der Vorschriften zu gewährleisten. Die „konstant hohe Durchschnittszahl der Zuwiderhandlungen“ bereitet den Abgeordneten Sorgen. Es sei jedoch von allgemeinem Interesse, dass die Vorschriften über Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten des fahrenden Personals und der selbstständigen Kraftfahrer ordnungsgemäß angewandt werden.

Besorgt zeigt sich der Verkehrsausschuss in seinem Bericht "über die Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr" über die Mängel und Verzögerungen bei der Umsetzung und Anwendung der entsprechenden Richtlinie in einigen Mitgliedstaaten. Er verlangt deshalb verstärkte Anstrengungen der Mitgliedstaaten, um eine „effiziente und harmonisierte Umsetzung der verbesserten Sozialvorschriften“ zu gewährleisten. Die EU-Kommission müsse die „strikte Einhaltung des Gemeinschaftsrechts“ sicherstellen.

Offizielle Folgenabschätzung

Bei der offiziellen Folgenabschätzung bei einer Änderung der geltenden Richtlinie müssten die soziale Dimension der Straßenverkehrssicherheit sowie die Sicherheit und Gesundheit der Kraftfahrer „vorrangig vor allen anderen Erwägungen“ berücksichtigt werden. Zudem müsse die EU-Kommission bei der Folgenabschätzung den schwierigen Arbeitsbedingungen Rechnung tragen, denen Lastkraftwagenfahrer auf ihren Fahrten durch Europa aufgrund der Tatsache, dass es keinen ausreichenden Zugang zu geeigneten Rastplätzen gibt, ausgesetzt sind.

Berichterstatter: Alejandro CERCAS (SPE, ES)

Bericht: A6-0357/2008 - Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Mittwoch, 8.10.2008

Abstimmung: Donnerstag, 9.10.2008

Bekämpfung der Armut in der EU

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten setzt sich kritisch mit dem Problem der Armut und der sozialen Integration in der EU auseinander. Im Jahr 2005 waren 78 Millionen Menschen in der EU von einkommensbedingter Armut bedroht. Vor allem äußerste Armut und soziale Ausgrenzung stellten „eine Verletzung sämtlicher Menschenrechte“ dar. Die Abgeordneten schlagen zahlreiche Maßnahmen vor, um Armut und soziale Desintegration wirksam zu bekämpfen.

Im Jahr 2001, als sich die Union erstmals verpflichtete, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, waren 55 Millionen Menschen in der Union von einkommensbedingter Armut bedroht (15 % der Bevölkerung der EU-15), so der Ausschuss. Im Jahr 2005 war diese Zahl auf 78 Millionen gestiegen (16 % der Bevölkerung der EU-25). 19 Millionen Kinder in der EU sind momentan von Armut bedroht.

Die Abgeordneten argumentieren, dass ein „nicht geringer Teil“ der Bevölkerung nach wie vor sozial ausgegrenzt ist, da jeder Fünfte in einer nicht dem Standard entsprechenden Wohnung lebt und jeden Tag circa 1,8 Millionen Menschen Unterkunft in speziellen Einrichtungen für Obdachlose suchen. 31 Millionen Arbeitnehmer oder 15 % erhielten „äußerst niedrige Löhne“. 8 % oder 17 Millionen der Arbeitnehmer seien trotz

Beschäftigung arm. Der Anteil der Schulabbrecher betrage mehr als 15 % und nach wie vor bestehe die 'digitale Kluft' (44 % der EU-Bevölkerung haben keine Internet- oder Computer-Kenntnisse).

Für „aktive soziale Integrationsstrategien“

In seinem Bericht „über die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“, ausgearbeitet von Gabriele ZIMMER (Die Linke), spricht sich der Ausschuss daher für „aktive soziale Integrationsstrategien“ aus. Diese müssten sich „entscheidend“ auf die Beseitigung der Armut und der sozialen Ausgrenzung auswirken, sowohl für die Menschen mit Arbeit (die in Armut lebenden Berufstätigen - 'working poor') als auch für die Menschen ohne Erwerbstätigkeit.

Ein vom Ausschuss geforderter „ganzheitlicher Ansatz“ sollte u .a. auf folgenden Grundsätzen beruhen: Eine zur Verhütung der sozialen Ausgrenzung ausreichende Einkommensunterstützung; Verknüpfung mit integrativen Arbeitsmärkten; Verknüpfung mit einem besserer Zugang zu Dienstleistungen hoher Qualität; Einbeziehung der Geschlechterdimension, Bekämpfung der Diskriminierung und aktive Beteiligung.

Mindestlohn von mind. 60 % des Durchschnittslohns

20 Millionen Menschen in der EU, die meisten davon Frauen, sind nach Darstellung des Ausschusses trotz Erwerbstätigkeit von Armut bedroht, d .h. 6 % der Gesamtbevölkerung und 36 % der erwerbstätigen Bevölkerung leben trotz Erwerbstätigkeit mit dem Risiko der Armut.

Die Abgeordneten fordern die Mitgliedsstaaten daher auf, für garantierte Mindestlohnsysteme zur sozialen Einbeziehung Sorge zu tragen. Angemessene Mindestlohnsysteme stellen eine „Grundvoraussetzung für eine auf sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle“ basierende Europäische Union dar.

An den EU-Ministerrat richtet der Ausschuss deshalb die Forderung, eine EU-Vorgabe für Mindestlöhne (gesetzlich, tarifvertraglich vereinbart auf nationaler, regionaler oder Branchenebene), die eine Vergütung von mindestens 60 % des maßgeblichen (nationalen, branchenspezifischen usw.) Durchschnittslohns gewährleistet, sowie des Weiteren einen Zeitplan zur Einhaltung dieser Vorgabe in allen Mitgliedstaaten zu vereinbaren.

„Angemessenes Mindesteinkommen“ für Zeiträume der Arbeitslosigkeit

Zudem müssten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ein „angemessenes Mindesteinkommen“ für Zeiträume der Arbeitslosigkeit oder für Übergangszeiten zwischen zwei Arbeitsverhältnissen gewährt wird, insbesondere im Hinblick auf Gruppen von Frauen, die zusätzliche Verantwortung zu tragen haben. Auch plädieren die Abgeordneten für ein individualisiertes „angemessenes Mindesteinkommen“, das nicht zwangsläufig an die mit einer Berufstätigkeit verbundenen Beitragszahlungen geknüpft ist.

Kinderarmut bis 2012 um 50 % verringern

Kinderarmut und Not stellen, so der Ausschuss, „eine Verletzung grundlegender Menschenrechte“ dar. Die Abgeordneten fordern die EU-Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, die Kinderarmut in der Union bis 2012 um 50 % zu verringern. Eine solche Verringerung sollte anhand von nicht nur ökonomischen Indikatoren gemessen werden.

Insbesondere kinderreiche Familien müssten über ausreichende Einkommen verfügen, um ihren Kindern angemessene Ernährung und Wohnbedingungen sowie Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten sowie Bildung von hoher Qualität bieten zu können, damit sie sich sowohl körperlich als auch persönlich harmonisch entwickeln können. Von großer Bedeutung sei auch, dass Kinder am gesellschaftlichen und kulturellen Leben sowie an Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können.

„Präventivstrukturen“ zur Ermittlung von kritischen Situationen

Darüber hinaus müssten die Mitgliedstaaten „Präventivstrukturen“ zur Ermittlung von kritischen Situationen einrichten, z. B. unmittelbar bevorstehender Verlust der Wohnung der Eltern, abrupter Schulabbruch der Kinder oder Fälle von Misshandlung der Eltern in ihrer Kindheit, aufgrund der statistisch erwiesenen Kausa-

lität zwischen dieser Tatsache und der Misshandlung der eigenen Kinder. Nötig sei ebenfalls eine aktive Politik zur Verhinderung des frühzeitigen Schulabgangs von Kindern durch Mechanismen, die Risikogruppen eine Unterstützung bieten, sich zu entwickeln.

Aktive Einbeziehung in den Arbeitsmarkt

Die Abgeordneten sprechen sich für die „aktive Einbeziehung in den Arbeitsmarkt für die am meisten benachteiligten Gruppen“ aus. Zu spezifischen Maßnahmen zählen sie hier u. a. die Unterstützung der persönlichen Entwicklung durch Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen sowie Stützungsmaßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und der Fähigkeit, auf dem Arbeitsmarkt zu verbleiben, (z. B. Möglichkeiten der innerbetrieblichen Schulung und des lebenslangen Lernens).

Der Ausschuss unterstreicht, dass „vorrangig dem Erfordernis der Flexibilität“ in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Sozialleistungen Rechnung getragen werden sollte. Die Sozialsysteme sollten die Menschen aktiv dazu motivieren, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei sollte gleichzeitig die Aufgeschlossenheit für eine Veränderung durch Milderung der Einkommenseinbußen und durch Schaffung von Bildungsmöglichkeiten gefördert werden.

Obdachlosigkeit bis 2015 beseitigen

Der EU-Ministerrat soll, so eine weitere Forderung der Abgeordneten, eine EU-weite Verpflichtung vereinbaren, bis zum Jahre 2015 Obdachlosigkeit zu beseitigen. Zugleich verlangen sie, dass die Mitgliedstaaten den Zugang zu einer erschwinglichen Wohnung guter Qualität für alle gewährleisten. Als Teil einer breiter angelegten Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit müssten Winternotfallpläne ausgearbeitet und Agenturen geschaffen werden, die die Bereitstellung und den Zugang zu Wohnungen für Gruppen ermöglichen sollen, die diskriminiert werden.

Berichterstatterin: Gabriele ZIMMER (Die Linke)

Bericht: A6-0364/2008 - Förderung der sozialen Integration und Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Mittwoch, 8.10.2008

Abstimmung: Donnerstag, 9.10.2008

Umwelt

Gemeinsam gegen Wasserknappheit und Dürre

Wasserknappheit und Dürre stellen für die EU eine große Herausforderung dar, so der Umweltausschuss: die Gesamtkosten von Dürreereignissen für die Wirtschaft lassen sich über die letzten 30 Jahre auf insgesamt 100 Milliarden EUR beziffern. Die Abgeordneten fordern daher ein koordiniertes Vorgehen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten wie auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Wichtig sei zudem, Wasser zu sparen und eine wirksame Wasserpreispolitik zu etablieren.

Wasserknappheit und Dürre seien in den vergangenen 30 Jahren immer häufiger und mit zunehmender Heftigkeit aufgetreten, so der Umweltausschuss in dem von Richard SEEBER (ÖVP) ausgearbeiteten Bericht. Der Klimawandel dürfte diese Situation noch verschärfen. Etwa ein Fünftel der EU-Bevölkerung lebe in Staaten, die mit knappen Wasserressourcen konfrontiert sind.

Koordiniertes Vorgehen

Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die regionalen und lokalen Behörden müssten im Kampf gegen Wasserknappheit und Dürre "unbedingt zusammenarbeiten" und dadurch eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Wasserressourcen gewährleisten. Wasserknappheit und Dürren erforderten wegen der Besonderheiten dieses Problemkreises ein koordiniertes Vorgehen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten wie auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Es sei notwendig, im Fall von Wasserläufen, die durch mehrere Mitgliedstaaten fließen, Formen der interregionalen und staatenübergreifenden Zusammenarbeit bei der integrierten Bewirtschaftung von Wasserkörpern, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, zu schaffen.

Wassereinsparung "die erste Priorität"

40 % des in der EU verbrauchten Wassers könnten eingespart werden, so der Ausschuss. Nahezu 20 % des Wassers in der EU gingen infolge ineffizienter Wassernutzung verloren. Wasserknappheit und Trockenheit hingen eng mit der Problematik der Wasserverschwendung zusammen. Wassereinsparung müsse deshalb "die erste Priorität" zur Bewältigung von Wasserknappheit und Dürren sein. Grundsätzlich gehe es um eine "Kultur des Wassersparens in der EU".

Wirksame Wasserpreispolitik

Um dem Problem Herr zu werden, seien u. a. umfangreiche Investitionen zur Förderung des technischen Fortschritts in allen Wirtschaftsbereichen nötig. Generell sollten Geräte zur Messung des Wasserverbrauchs eingesetzt werden, damit mehr Wasser eingespart, aufbereitet und überhaupt effizienter und rationeller verwendet wird. Die Wasserverschwendung müsse bekämpft und die Wassernutzung ausgewogener gestaltet werden, vor allem durch "Mehrfachverwendung von Wasser".

Zudem macht der Ausschuss darauf aufmerksam, dass eine "wirksame Wasserpreispolitik", die am wahren Wert des Wassers orientiert ist, der Verbraucherseite Anreize bietet, Wasser sparsamer zu verwenden.

Kennzeichnungssystem für den Wasserverbrauch von Erzeugnissen

Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass ein Kennzeichnungssystem für den Wasserverbrauch von Erzeugnissen, wie es bereits in Bezug auf Energieeffizienz existiert, ein "geeignetes Mittel" wäre, einen nachhaltigeren Wasserverbrauch zu erreichen. Allerdings sollte ein derartiges System freiwillig sein. Zudem sollten bestehende Kennzeichen und Kennzeichnungssysteme berücksichtigt werden, "damit nicht unter den Verbrauchern durch ein Übermaß an Informationen Verwirrung entsteht".

Plenartagung

Berichtersteller: Richard SEEBER (ÖVP)

Bericht: A6-0362/2008 - Antworten auf die Herausforderung von Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Mittwoch, 8.10.2008

Abstimmung: Donnerstag, 9.10.2008

Menschenrechte

Rede von Ingrid Betancourt

Die Sitzung beginnt am 8. Oktober mit einer feierlichen Sitzung. Um 15 Uhr wird Ingrid Betancourt eine Rede vor dem Europäischen Parlament halten.

EP-Präsident Hans-Gert PÖTTERING hatte Betancourt unmittelbar nach ihrer Freilassung im Juli 2008 eingeladen, dem Europaparlament einen Besuch abzustatten. Ingrid Betancourt wurde am 23. Februar 2002 entführt. Im Jahre 2006 war sie zusammen mit der Stiftung „País Libre“ eine der drei Kandidaten für den Sacharow-Preis für Meinungsfreiheit.

Konstitutionelle Fragen

EP anerkennt und übernimmt Symbole der EU

Das Europäische Parlament will weiterhin die Symbole der EU - etwa die Flagge, die Hymne oder den Leitspruch „In Vielfalt geeint“ - nutzen. Einen entsprechenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung hat der Ausschuss für konstitutionelle Fragen vorgelegt. Im Vertrag von Lissabon wurde auf die Symbole der EU verzichtet.

Der vorliegende Antrag des konstitutionellen Ausschusses im Wortlaut:

"Die Symbole der Union

1. Das Parlament anerkennt und übernimmt folgende Symbole der Union

- die Flagge mit einem Kreis von zwölf goldenen Sternen auf blauem Grund;
- die Hymne auf der Grundlage der „Ode an die Freude“ aus der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven;
- den Leitspruch „In Vielfalt geeint“.

2. Das Parlament begeht den Europatag am 9. Mai.

3. Die Flagge wird in allen Gebäuden des Parlaments und bei offiziellen Anlässen gehisst. Die Flagge wird in jedem Sitzungssaal des Parlaments verwendet.

4. Die Hymne wird bei der Eröffnung jeder konstituierenden Tagung und bei anderen feierlichen Sitzungen, insbesondere zur Begrüßung von Staats- oder Regierungschefs oder zur Begrüßung neuer Mitglieder im Zuge einer Erweiterung abgespielt.

5. Der Leitspruch erscheint auf den offiziellen Dokumenten des Parlaments.

6. Das Präsidium prüft die weitere Verwendung der Symbole innerhalb des Parlaments. Das Präsidium legt die Einzelheiten zur Durchführung dieser Bestimmungen fest."

Berichtersteller: Carlos CARNERO GONZÁLEZ (SPE, ES)

Bericht: A6-0347/2008 - Änderung der Geschäftsordnung: Verwendung der Symbole der Union beim Parlament

Verfahren: Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Änderung der Geschäftsordnung

Aussprache: Mittwoch, 8.10.2008

Abstimmung: Donnerstag, 9.10.2008

Europäischer Rat

Vorbereitung des EU-Gipfels vom 15./16. Oktober

Die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen zur Vorbereitung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 abgeben.

Der Gipfel wird sich u. a. mit den Themen Vertrag von Lissabon, Einwanderung und Asyl sowie der Krise der Finanzmärkte befassen.

Regionalpolitik

Mündliche Anfrage - Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung

Die Kommission wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema " Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung".

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung

Über 20 Jahre sind vergangen, seit Michail Gorbatschow in Murmansk eine Rede hielt, in der er die Staaten des arktischen Raums aufforderte, eine wirkliche Zone des Friedens und der fruchtbaren Zusammenarbeit im hohen Norden zu schaffen. In dieser Zeit sind mehrere wichtige, heikle Probleme ergeben – Umweltbelastung, Klimawandel mit der Folge der Öffnung bisher unzugänglicher Seewege, Nutzung natürlicher Ressourcen, Nachhaltigkeit, Energieversorgungssicherheit, Fischbestände – neu aufgekommen, durch die der hohe Norden in den Blickpunkt rückt. Ende Mai 2008 verabschiedeten die fünf Anrainerstaaten der Arktis, Kanada, Dänemark, Norwegen, Russland und die USA, eine Erklärung (Ilulissat-Erklärung), in der die Anwendung des internationalen Seerechts auf die Arktis angestrebt wird, in der man sich aber gegen den Abschluss einer gezielten rechtsverbindlichen Übereinkunft für die Arktis ausspricht. Das ist für die Staatengemeinschaft und alle potenziellen Akteure im arktischen Raum von entscheidender Bedeutung. Besonders von Interesse ist es für die EU, zu deren Mitgliedstaaten drei Länder des arktischen Raums gehören und mit der zwei weitere Staaten dieses Raums über den EWR enge Beziehungen unterhalten; überdies bringen es wirtschafts-, umwelt- und forschungspolitische Anliegen mit sich, dass die EU dem arktischen Raum zwangsläufig nicht gleichgültig gegenübersteht.

1. Im Hinblick darauf, dass die EU gegenüber dem arktischen Raum und besonders den sicherheits- und umweltpolitischen Aspekten des hohen Nordens gegenüber eine aktivere Rolle spielen sollte, wird die Kommission gebeten, die möglichen Elemente einer nachhaltigen und umfassenden Strategie der EU zur Bewältigung der genannten Herausforderungen anzugeben.

2. Der arktische Raum ist derzeit noch nicht Gegenstand multilateraler Normen und Regelungen, weil nie erwartet wurde, dass hier eine Schifffahrtsroute oder ein kommerziell nutzbarer Raum entsteht; ist die Kommission der Auffassung, dass die gegenwärtigen politischen Strukturen im hohen Norden dazu ausreichen, die entstehenden und bereits bestehenden Probleme zu bewältigen? Ist die Kommission vor dem Hintergrund des letzten Internationalen Polarjahres in den 50er Jahren, als dessen Ergebnis der Antarktisvertrag unterzeichnet wurde, der Auffassung, dass beispielsweise eine verbindliche Arktis-Charta eine Lösung bieten könnte?

3. Die EU hat bereits Interessen im arktischen Raum, und zwar durch den Aspekt „Arktis“ der Politik für die nördliche Dimension und in Form einzelner Politikbereiche wie z.B. Energieversorgungssicherheit, Klimaschutz, Meerespolitik oder Fischerei; in welcher Weise bemüht sich die Kommission um die Verbesserung der Koordinierung ihrer Politik in diesen Bereichen? Wann wird sie eine „konkrete“, ganzheitliche Politik für den arktischen Raum bzw. den hohen Norden skizzieren?"

Entwurf der Tagesordnung für die Tagung

Mittwoch, 8. Oktober 2008

15:00 - 15.30	
	<ul style="list-style-type: none"> Feierliche Sitzung Ansprache von Ingrid Betancourt
15:30 - 20:00, 21:00 - 24:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Wiederaufnahme der Sitzungsperiode und Arbeitsplan
	<ul style="list-style-type: none"> Erklärungen des Rates und der Kommission - Vorbereitung des Europäischen Rats (15.-16.10.2008)
	<ul style="list-style-type: none"> Erklärungen des Rates und der Kommission - Lage in Belarus
	<ul style="list-style-type: none"> Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Umsetzung der EuGH-Entscheidung in der Rechtssache "Turco" Marco Cappato, Michael Cashman, Anneli Jäätteenmäki, Costas Botopoulos (O-0087/2008 - B6-0470/2008)
	<ul style="list-style-type: none"> Ausführungen von einer Minute (Artikel 144 GO)
	<ul style="list-style-type: none"> Erklärung der Kommission - Unterbrechung der WTO-Doha-Runde
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Zbigniew Zaleski (A6-0337/2008) - Abkommen EG/Ukraine zur Aufrechterhaltung der im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen enthaltenen Verpflichtungen im Bereich des Dienstleistungsverkehrs
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Carlos Carnero González (A6-0347/2008) - Änderung der Geschäftsordnung: Verwendung der Symbole der Union beim Parlament
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Richard Seeber (A6-0362/2008) - Antworten auf die Herausforderung von Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union
	<ul style="list-style-type: none"> Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung Diana Wallis, Bilyana Ilieva Raeva, Johannes Lebech ((O-0084/2008 - B6-0467/2008)
	<ul style="list-style-type: none"> kurze Darstellung von Initiativberichten (Artikel 45 Absatz 2 GO): <ul style="list-style-type: none"> Bericht: Pier Antonio Panzeri (A6-0365/2008) - Die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit verstärken Bericht: Alejandro Cercas (A6-0357/2008) - Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr Bericht: Gabriele Zimmer (A6-0364/2008) - Förderung der sozialen Integration und Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU

Donnerstag, 9. Oktober 2008

9:00 - 10:50	
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Ieke van den Burg, Daniel Dăianu (A6-0359/2008) - Lamfalussy-Folgemaßnahmen: Künftige Aufsichtsstruktur
	<ul style="list-style-type: none"> Bericht: Alojz Peterle (A6-0350/2008) - Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2013
11:00 - 13:00	
	<ul style="list-style-type: none"> Abstimmungen

Codes der parlamentarischen Verfahren

A-Reihe	Berichte und Empfehlungen
B-Reihe	Entschlüsse und mündliche Anfragen
C-Reihe	Dokumente anderer Institutionen
*	Verfahren der Konsultation
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
***	Verfahren der Zustimmung
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)

Abkürzungen

BG	Bulgarien	IE	Irland	AT	Österreich
BE	Belgien	IT	Italien	PL	Polen
CZ	Tschechische Republik	CY	Zypern	PT	Portugal
DK	Dänemark	LV	Lettland	RO	Rumänien
DE	Deutschland	LT	Litauen	SI	Slowenien
EE	Estland	LU	Luxemburg	SK	Slowakei
EL	Griechenland	HU	Ungarn	FI	Finnland
ES	Spanien	MT	Malta	SE	Schweden
FR	Frankreich	NL	Niederlande	UK	Vereinigtes Königreich

Fraktionen

EPP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PES	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE/ADLE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Greens/EFA	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
FL	Fraktionslos

Fraktionen im Europäischen Parlament

	EVP-ED	SPE	ALDE	UEN	GRÜNE/ FEA	VEL/ NGL	IND/ DEM	FL	Gesamt
BE	6	7	6		2			3	24
BG	5	5	5					3	18
CZ	14	2				6	1	1	24
DK	1	5	4	1	1	1	1		14
DE	49	23	7		13	7			99
EE	1	3	2						6
IE	5	1	1	4		1	1		13
EL	11	8				4	1		24
ES	24	24	2		3	1			54
FR	18	31	10		6	3	3	7	78
IT	24	17	12	13	2	7		3	78
CY	3		1			2			6
LV	3		1	4	1				9
LT	2	2	7	2					13
LU	3	1	1		1				6
HU	13	9	2						24
MT	2	3							5
NL	7	7	5		4	2	2		27
AT	6	7	1		2			2	18
PL	15	9	6	19			3	2	54
PT	9	12				3			24
RO	18	10	6		1				35
SI	4	1	2						7
SK	8	3						3	14
FI	4	3	5		1	1			14
SE	6	5	3		1	2	2		19
UK	27	19	11		5	1	8	7	78
Gesamt	288	217	100	43	43	41	22	31	785